

Unterrichtung

Hannover, den 20.06.2018

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne, starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/35

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport - Drs. 18/1034

Der Landtag hat in seiner 18. Sitzung am 20.06.2018 folgende EntschlieÙung angenommen:

Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne, starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden

Der Landtag stellt fest:

Die Sicherheitslage in Niedersachsen, Deutschland und Europa hat sich in den vergangenen Jahren verschärft. Das lässt sich insbesondere an der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, an Phänomenen wie Cybercrime oder dem Anstieg von Wohnungseinbruchsdiebstählen festmachen.

Dadurch sind auch die Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sicherheitsbehörden gestiegen. Es ist daher unerlässlich, die Sicherheitsbehörden personell erheblich zu stärken und - auch angesichts des digitalen Wandels - die Ausstattung stetig zu verbessern, damit sie ihren Aufgaben adäquat gerecht werden können. Insbesondere müssen auch die vorhandenen Rechtsgrundlagen an die Veränderungen der Sicherheitslage angepasst werden.

Der Landtag begrüÙt daher ausdrücklich

- die Initiative der Landesregierung, bis zu 3 000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im Polizeidienst zu schaffen und davon 750 Stellen im Nachtragshaushalt 2018 finanziell abzusichern,
- die technische Ausstattung der Polizei deutlich zu verbessern. Dazu zählen die Einführung von Bodycams, Schutzwesten und ballistischen Schutzhelmen zum Schutz der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sowie die flächendeckende Einführung mobiler Endgeräte für den Einsatz- und Streifendienst. Gleichzeitig ist auch die verbesserte Ausstattung der Spezialeinheiten, z. B. durch Beschaffung von Polizeihubschraubern, ein wichtiges Ziel der kommenden Jahre,
- die schnelle Einbringung des Polizeigesetzes, insbesondere die Einbringung eines Maßnahmenpakets zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus. Dies soll diverse Eingriffsmaßnahmen wie z. B. die elektronische Aufenthaltsüberwachung, die erweiterte Präventivhaft zur Verhinderung terroristischer Straftaten, Kontaktverbote und Aufenthaltsgebote enthalten. Außerdem werden im neuen Polizeigesetz die Rechtsgrundlagen für die Quellen-TKÜ und Online-durchsuchungen geschaffen sowie erforderliche Anpassungen an die aktuelle Rechtsprechung vorgenommen,
- die geplante dynamische Anpassung der Zulagen für Polizei und Verfassungsschutz und die Anpassung der Zulage für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes an die Polizeizulage,
- die Einführung eines neuen Stellenhebungsprogramms als ein Zeichen der Wertschätzung für die hervorragende Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten und als Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs,

- dass der Verfassungsschutz personell deutlich um rund 100 Stellen gestärkt wird,
- die Stärkung der Feuerwehren und die Förderung des Katastrophenschutzes durch den Ausbau der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) und
- dass noch im Jahr 2018 ein novelliertes Niedersächsisches Brandschutzgesetz im Landtag beschlossen werden soll.

(Verteilt am 21.06.2018)